



Kassel, 08. Juli 2022 | Ausgabe Nr. 111

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTSTADT UND DEM WAHLKREIS KASSEL

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

diese Woche war die letzte Sitzungswoche vor der Sommerpause. Bereits im Koalitionsvertrag hat sich die Ampel-Koalition ambitionierte Ziele gesetzt, damit Deutschland bis 2045 klimaneutral wird. In dieser Woche nun gingen wir den nächsten Schritt und **beschlossen mit dem sogenannten „Osterpaket“ das bisher größte Energiepaket Deutschlands**. Damit haben wir den Weg frei gemacht, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien zügig und rechtssicher unter Wahrung hoher ökologischer Schutzstandards zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Nachhaltiger Strom

Erneuerbare Energien erhalten künftig gesetzlichen Vorrang bei der Schutzgüterabwägung. Ausschreibungsmengen und Ausbauziele haben wir deutlich angehoben. **Bis 2035 soll Strom nahezu vollständig aus Erneuerbaren Energien stammen**. Erstmals legten wir auch verbindliche Flächenziele für jedes Bundesland fest, damit zwei Prozent der Bundesfläche für Windenergie an Land ausgewiesen werden. Zugleich haben wir die Energiewende zum Mitmachprojekt gemacht, indem wir den Bau von Wind- und Solarprojekten durch Bürgerenergiegesellschaften fördern und Kommunen noch stärker finanziell beteiligen.

Ernährungssicherheit schaffen

Der Krieg in der Ukraine hat auch die weltweite Hungerkrise weiter verschärft und führt dazu, dass laut Welternährungsprogramm allein in diesem Jahr weitere 47 Millionen Menschen wegen fehlender Nahrung in Lebensgefahr geraten. Wir beschließen daher in dieser Woche das **Positionspapier „Ernährungssicherheit schaffen“**. Darüber hinaus haben die G7 auf Initiative von Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze bereits vor einigen Wochen das Bündnis für globale Ernährungssicherheit ins Leben gerufen.

Bürger*innen weiter entlasten und unterstützen

Die gestiegenen Preise für Strom und Heizen sowie die hohe Inflation belasten viele Menschen. Wir werden gerade auch in diesen Zeiten unser Land sozial, gesellschaftlich und wirtschaft-

lich zusammenhalten. Darum hat Bundeskanzler Olaf Scholz die „**Konzertierte Aktion**“ gestartet. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Arbeitgebern



Verhandlungserfolg beim EEG 2022

- Photovoltaik auf Seitenrandstreifen von Autobahnen & Schienen auf 500 Meter erhöht
- Photovoltaik auf Grünland erleichtert
- Dächer schneller & leichter vollständig für Photovoltaik nutzbar
- Aufhebung der 100 kW-Grenze für Mieterstromprojekte
- Aufhebung der Spitzenlastkappung für kleine Photovoltaik
- Verschlechterung für Wasserkraft abgewendet - jetzt auch im überragenden öffentlichen Interesse
- Stärkung der Bürgerenergiegenossenschaften

sollen weitere Lösungen erarbeitet werden, um die Bürger*innen von den derzeit hohen Preisen zu entlasten. Natürlich helfen auch Lohnerhöhungen im Kampf gegen steigende Verbraucherpreise. Diese werden auf bewährte Art und Weise im Rahmen der Tarifautonomie verhandelt.

Euer

Für Klimaschutz und Energiesicherheit: Das Osterpaket

Die Reform bringt die Energiewende einen großen Schritt voran

Wir sorgen dafür, dass wir mehr Flächen für Photovoltaik (PV) zur Verfügung stellen: auf Grünland, auf Dächern und an großen Verkehrswegen. Damit schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass wir unser angestrebtes Ziel – bis zu 22 Gigawatt PV jährlich zuzubauen – auch erreichen. Mit der deutlichen Verbesserung der Teileinspeisung sorgen wir dafür, dass die Dächer mit PV vollgepackt werden. Dass nun auch die Wasserkraft dem überragenden öffentlichen Interesse zugeordnet wird, ist für die älteste Form der Erneuerbaren Energien nur folgerichtig.

80 Prozent Erneuerbare bis 2030

Der Ausbau von
Erneuerbaren Energien
bekommt höchste Priorität.

Wie machen wir das?



An diesem Donnerstag wurde in einer Sondersitzung des Ausschusses für Klimaschutz & Energie ein umfangliches Gesetzespaket für die Energiewende in Deutschland vorgelegt. Dazu zählt neben dem Ersatzkraftwerkbereithaltungsgesetz, dem Wind-an-Land- und dem Wind-auf-See-Gesetz vor allem auch die **Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)**. Mit der nun vorgelegten, größten EEG-Novelle seit Bestehen verpflichten wir uns, **bis 2030 80% des Stroms aus Erneuerbaren Energien zu erzeugen**. Dazu werden wir Photovoltaik(PV)-Anlagen mit einer Gesamtleistung von 215 Gigawatt (GW) aufbauen, dazu 115 GW Windenergiekapazität an Land und 30 GW bei Wind auf See.

Wir haben im EEG 2023 festgelegt, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien im „**überragenden öffentlichen Interesse liegt**“. Das wird den Ausbau beschleunigen und gibt klar die

Stoßrichtung vor. Übrigens gilt das überragende öffentliche Interesse nun auch für die Wasserkraft. Als grundlastfähige und dezentrale erneuerbare Energiequelle können wir nicht auf die Wasserkraft verzichten.

Beim Ausbau der **PV haben wir die Förderkulisse ausgebaut**, den bürokratischen Aufwand verschlankt und mehr Flächen freigegeben. Wichtig ist mir vor allem die **Erhöhung des Teileinspeisetarifs auf 8,6 Cent / kWh**. Damit stellen wir sicher, dass trotz gestiegener Weltmarktpreise auch kleine PV-Anlagen auskömmlich betrieben werden können.

Mindestens ebenbürtig sind die **bürokratischen Vereinfachungen**, die wir beschlossen haben. Denn die ambitioniertesten Ziele nützen nichts, wenn es an der Umsetzung hakt. **Wir haben die 100kW-Grenze für Mieterstromprojekte gekappt, die Wartedauer von 12 Monaten bei der Anlagenzusammenfassung gestrichen, das Meldewesen vereinheitlicht** sowie den Verteilnetzbetreibern einen festen Rahmen gesetzt, wie und vor allem bis wann eine Anlage in Betrieb gehen muss. Übrigens: bei Kleinanlagen bis 25kW entfällt die Spitzenlastkappung bei 70%.

Bei den Flächen haben wir festgelegt, dass künftig auch **Grünland für Freiflächen-PV** genutzt werden kann. Hier wird es auch eine „**Technologieprämie**“ geben, um erhöhte

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Wir beschleunigen den Ausbau der Erneuerbaren

- Wir stellen gesetzlich klar, dass die Erneuerbaren im überragenden öffentlichen Interesse liegen.
- Die Erneuerbaren erhalten bei Genehmigungen absoluten Vorrang.
- Die Planungs- und Genehmigungsverfahren werden einfacher und schneller.



Wir entfesseln die Solarenergie

- Wir sorgen dafür, dass es sich wieder lohnt die Dächer mit Photovoltaik voll zu machen: zur Eigenversorgung und zur Einspeisung!
- Wir schaffen deutlich mehr Flächen für Photovoltaik – an Autobahnen, neben Schienen und auf Parkplätzen.



Fortsetzung: Osterpaket

Wir ermöglichen deutlich mehr Windräder

- Künftig muss jedes Bundesland rund zwei Prozent seiner Fläche verbindlich für Windenergie bereitstellen.
- Wir erhöhen die Ausbauziele für Wind auf See.
- Mit Standards im Artenschutzrecht beschleunigen wir die Genehmigung.

Wir beteiligen die Bürger:innen

- Bürger:innen und Kommunen können an Windenergieprojekten beteiligt werden und direkt profitieren.
- Städte und Gemeinden werden beim Bau von Windenergie finanziell entlastet und erhalten mehr Mitspracherechte.



Kosten auszugleichen. Ausgenommen davon sind zur Wahrung der Biodiversität Naturschutzgebiete und weitere besonders schützenswerte Lebensräume. Außerdem haben wir uns darauf geeinigt, dass wir **entlang von Autobahnen und Schienenwegen die Nutzfläche mit einer Breite von 500 Metern auf den Randstreifen für den Ausbau von PV-Anlagen mehr als verdoppeln** (vorher 200 Meter). Das bringt uns viele wertvolle Hektar Land – denn, nicht zu vergessen: der Ausbau von PV-Freiflächenanlagen ist volkswirtschaftlich am günstigsten.

Besonders stolz bin ich auch darauf, was wir im Bereich der **Bürgerenergie** erreichen konnten. Wir haben die **Frist für die Durchführung von Projekten auf 3 Jahre abgesenkt**. Und wir haben es geschafft, den **Beteiligungsradius** von Bürgerenergie-Projekten **auf 50 Kilometer auszuweiten**. Das wird einen weiteren Schub geben.

Mit dem EEG 2023 haben wir einen guten Grundstein gelegt, um die Klimaneutralität bis 2045 anzupacken.

Meine Rede im Bundestag

[... zum Gesetzesentwurf „Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien“ und weiteren Maßnahmen im Stromsektor.](#)



Craffk © Freepik

Energieversorgung

Bei Engpässen mehr Gas sparen im Stromsektor

In dieser Woche haben wir als Koalitionsfraktionen ein Gesetz im Bundestag eingebracht, um den Gasverbrauch im Stromsektor zu reduzieren und gleichzeitig Ersatzkraftwerke bereitzuhalten – sollte es zu einem Gasmangel kommen. Denn: Russland hat jüngst die Gaslieferungen nach Europa gedrosselt. Auch Deutschland ist unmittelbar davon betroffen: Der russische Energiekonzern Gazprom hat die Gaszufuhr durch die Ostseepipeline Nord Stream 1 um mehr als die Hälfte gesenkt.

Der Entwurf sieht vor, befristet bis zum 31. März 2024, eine Gasersatz-Reserve auf Abruf einzurichten. Damit wird der außerordentliche Betrieb von Kohle- und Mineralölkraftwerken ermöglicht, sowie die entsprechenden Vorbereitungen getroffen und Vorräte angelegt.

Durch die zusätzlichen Erzeugungskapazitäten soll die Stromerzeugung in mit Erdgas befeuerten Kraftwerken soweit wie möglich ersetzt werden. Darüber hinaus kann – unter bestimmten Bedingungen – der Betrieb von Gaskraftwerken eingeschränkt oder ausgesetzt werden.

Dabei haben wir in den Verhandlungen durchgesetzt, dass insbesondere die KWK-Gaskraftwerke der allgemeinen Versorgung und damit auch die Stadtwerke geschützt bleiben. Sie werden nicht mit einer Strafsteuer belegt. So ist die Fernwärmeversorgung sichergestellt und die Kosten werden nicht künstlich in die Höhe getrieben.

Das im Koalitionsvertrag festgelegte Ziel, idealerweise bis 2030 aus der Kohle auszusteigen, bleibt von dem Gesetz unberührt.



Statement

Zur documenta fifteen

„Nach dem schnellen Abbau des - aus meiner Sicht eindeutig - mit antisemitischen Bildelementen arbeitenden Kunstwerks und der Entschuldigung von Ruangrupa, die als Kuratoren und Kuratorinnen die künstlerische Verantwortung tragen, sowie der laufenden Aufarbeitung vor Ort, sollten wir unsere Aufmerksamkeit in der verbleibenden Zeit der documenta15 den weiteren Künstlerinnen und Künstlerinnen sowie ihren Werken schenken.“

Neuerungen im Juli

Wir entlasten die Bürger*innen und sorgen für mehr Respekt

Der Juli bringt eine Reihe an Neuerungen, mit denen wir die Bürger*innen unbürokratisch und gezielt entlasten: Der Mindestlohn steigt ab dem 1. Juli auf 10,45 Euro – ein wichtiger Schritt in Richtung 12 Euro. Für uns ist es eine Frage des Respekts, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können. Auch die Renten steigen deutlich: Mit 5,35 Prozent in West bzw. 6,12 Prozent in Ost, erlebt Deutschland den höchsten Rentenanstieg seit Jahrzehnten. In Zeiten steigender Preise ist dies besonders wichtig.

Deutschland wird verbraucher:innenfreundlicher
Diese Neuerungen bringt der Juli

-  **EEG-Umlage** fällt weg
-  Kündigung von **Online-Verträgen** wird leichter
-  **Auskunftspflicht** über Miethöhe
-  Rückgabe von **E-Geräten** im Supermarkt

SPD
Fraktion im Bundestag

Deutschland wird sozialer
Diese Neuerungen bringt der Juli

-  Höchster **Rentenanstieg** seit Jahrzehnten
-  Der **Mindestlohn** steigt auf 10,45 €
-  Der **Kinderbonus** kommt
-  Der **Corona-Bonus für Grundsicherung, Sozialhilfe und ALG II** wird überwiesen

SPD
Fraktion im Bundestag

Auch Bezieher*innen von Sozialhilfe, Geringverdienende und Familien haben wir im Blick: Der Kinderbonus von 100 Euro sowie der Corona-Bonus von 200 Euro für Grundsicherung, Sozialhilfe und ALG II werden in diesem Monat überwiesen. Somit federn wir finanzielle Belastungen ab und vermeiden soziale Härten. Zudem fällt die EEG-Umlage weg – dadurch wird Strom günstiger.

NATO

Wir befürworten den NATO-Beitritt von Finnland und Schweden

Sicherheit in Europa ist seit dem Überfall Russlands gegen die Ukraine nicht mehr selbstverständlich. Auch deshalb haben Finnland und Schweden nach einer breiten Beteiligung von Gesellschaft und Parlament im Mai 2022 den Beitritt zur NATO beantragt. Damit beide Länder NATO-Mitglied werden können, unterzeichnet jedes NATO-Mitglied formal jeweils ein Beitrittsprotokoll für beide Länder.

In Deutschland muss der Bundestag der Unterzeichnung der Protokolle durch die Bundesregierung zustimmen. Wir haben ein Interesse an einem zügigen Abschluss dieses Prozesses, damit es nicht zu einer monatelangen Hängepartie für Finnland und Schweden kommt.

Deshalb haben wir als Koalitionsfraktionen in dieser Woche

einen entsprechenden Gesetzentwurf gemeinsam mit der CDU/CSU-Fraktion eingebracht und abschließend beraten. Sobald alle NATO-Mitglieder dem Beitritt zugestimmt haben, kann der NATO-Generalsekretär Finnland und Schweden im Namen aller Vertragsparteien eine förmliche Beitrittseinladung übermitteln.

Corona-Pandemie

Vorbereitungen für den Herbst

Wir werden uns auf eine mögliche Corona-Welle ab Herbst gut vorbereiten. Wir wollen eine Überlastung des Gesundheitssystem verhindern und besonders vulnerable Gruppen schützen. Ein entsprechender Entwurf von uns Ampelfraktionen für ein COVID-19-Schutzgesetz haben wir in dieser Woche in 1. Lesung beraten.

Impfung wirksamstes Mittel

Der Gesetzentwurf sieht vor, die Ermächtigungsgrundlagen des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) für die **Corona-Impf- und Test-Verordnungen bis Ende 2022 zu verlängern**. Auch die Impfverordnung soll bis Ende dieses Jahres weitergelten. Bis Ende 2023 wird es zudem möglich sein, sich in Apotheken, Zahn- und Tierarztpraxen impfen zu lassen.

Die **Corona-Impfung ist das wirksamste Mittel**, um die Pandemie unter Kontrolle zu bringen und Notlagen zu vermeiden. Gleichwohl ist die vulnerable Bevölkerung weiterhin gefährdet, da auch eine Impfung nicht jede schwere Erkrankung verhindern kann.

Um **vulnerable Gruppen besser zu schützen**, erhalten die Länder daher eine Ermächtigungsgrundlage, um im Pflegebereich eigene Regelungen zu Hygiene und Infektionsschutz zu erlassen. In vollstationären Einrichtungen kann

so beispielsweise eine hygienebeauftragte Pflegefachkraft bestellt werden.

Aktuelle Lage anhand von Daten besser beurteilen

Um das Pandemiegeschehen und die Auslastung der Krankenhäuser besser beurteilen zu können, sollen diese verpflichtet werden, regelmäßig die **Anzahl der belegten und der freien Betten auf Normalstationen zu melden**. Diese Meldungen sollen künftig technisch einfacher sein.

Die Ermächtigungsgrundlage für die DIVI-Intensivregisterverordnung wird verstetigt. Durchgeführte PCR-Tests einschließlich Negativtestungen müssen künftig bundesweit verpflichtend erfasst werden.

Auch sollen sogenannte **Sentinel-Studien** umfassender als bisher durchgeführt werden. Dies sind repräsentative Auswertungen zu Erkrankungs- und Infektionszahlen inklusive Abwassertestung sowie zu Durchimpfungsraten in Pflegeeinrichtungen.



Tweet der Woche

Regelmäßig kommentiere ich das politische Geschehen bei Twitter. Ab und an gibt es auch ein paar besonders interessante Tweets, die ich Euch an dieser Stelle nicht vorenthalten möchte.

Diesen und weitere Tweets findet Ihr unter:

https://twitter.com/Timon_Gremmels

 fb.com/TimonGremmels

 instagram.com/gremmels

 twitter.com/Timon_Gremmels

 linkedin.com/in/timon-gremmels





Aus der Presse – Oberhessische Presse, 08. Juli 2022

Timon Gremmels (SPD), Mitglied des Deutschen Bundestages, spricht bei einer Debatte zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Beschleunigung des Energieleitungsausbaus im Deutschen Bundestag.

FOTO: CHRISTOPH SOEDER



„Marburg machte mich zu dem, der ich heute bin“

Bundestagsabgeordneter und gebürtiger Marburger Timon Gremmels (SPD) erinnert sich an seine Zeit in Marburg

noch“, ergänzt der Diplom-Politologe.

Nachdem er zunächst politische Ämter vom Gemeinderat bis zum Kreistag übernahm, ist er seit 2001 Mitglied des Kreistags des Landkreises Kassel und fungiert dort als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Im November 2009 zog Gremmels in den Hessischen Landtag für den Wahlkreis Kassel-Land II ein. In Wiesbaden saß er acht Jahre lang auf der Fraktionsbank. Seit 2017 ist er Abgeordneter im Deutschen Bundestag in Berlin.

Ein Versprecher sorgt für Lacher

Eine Anekdote aus seiner Studienzeit, die Gremmels immer wieder erzählt, ist sein Versprecher in einer hochschulpolitischen Veranstaltung. Damals wollte er das Wort „originär“ sagen. Bedauerlicherweise kam ihm allerdings das Wort „ordinär“ über die Lippen. „Damals war das gar nicht so lustig für mich, aber mittlerweile kann ich darüber lachen“, sagt der Diplom-Politologe. „Damit habe ich es tatsächlich sogar in die OP geschafft.“

„Ein Stück Heimat“

Auch wenn er als Abgeordneter in der Bundeshauptstadt vermutlich einen vollen Terminkalender hat, führt ihn sein Weg immer wieder nach Marburg zurück. „Ich bin schon alle zwei Monate mal in Marburg“, sagt er. Am liebsten besuche er jedoch das Schloss. „Das Ambiente und der Blick vom Schloss auf die

Stadt sind wunderschön.“ Nachdem der Bahnhof im Jahr 2009 umgestaltet wurde, sei es ein tolles Eingangstor für die Stadt. Auch der neue Lokschuppen sei ein „Architektonisches Meisterwerk“ geworden. Was Gremmels an Marburg nicht gefällt, ist die Stadtautobahn: „Ich finde, das zerschneidet die Stadt. Für mich ist die Stadtautobahn eine Bausünde aus den 60er Jahren.“

Der Abgeordnete habe immer dieses positive Marburg-Gefühl, wenn er in seinem Geburtsort unterwegs ist. „Marburg ist für mich ein Stück Heimat geworden. Ich bin froh, dass ich hier meine Studienzeit verbringen durfte. Auch seinem Ehepartner, den er erst kürzlich heiratete, konnte er die kleine Studentenstadt bereits zeigen: „Das überschaubare Städtchen fand er sehr spannend. In einer kleineren Stadt zu studieren und nicht direkt in eine Großstadt zu ziehen, würde ich jedem empfehlen. Mir hat es jedenfalls sehr gefallen“, sagt Gremmels.



Code scannen und mehr zum Thema auf dem Handy lesen

VON LARISSA PITZEN

MARBURG. Wenn Timon Gremmels in Marburg Glocken läuten hört, fühlt sich der Bundestagsabgeordnete in seine Kindheit zurückversetzt. Warum? Er selbst durfte schon als kleiner Junge beim Kindergottesdienst die Glocken im „Michelchen“ läuten lassen. „Damals haben wir uns an das Seil gehängt. Das ist wirklich eine tolle Kindheits-

erinnerung“, sagt er. Der heute 46-Jährige verbindet weit mehr als nur die kleine Denkmalkapelle mit seinem Geburtsort: In der Universitätsstadt begann die politische Karriere des Sozialdemokraten.

Nachdem er die ersten fünf Jahre seines Lebens in Marburg verbracht hatte, zog er mit seiner Familie nach Niestetal (Landkreis Kassel). Dort ging er zur Schule. Zu Beginn

seiner Oberstufenzeit in einer Kasseler Schule trat er 1992 der SPD bei. Drei Jahre später absolvierte er sein Abitur. Zum Studium zog es den SPD-Mann wieder zurück in die Stadt an der Lahn, wo er zunächst ein Lehramtsstudium begann. „Ich merkte schnell, dass ich mich lieber politisch engagieren wollte, also wechselte ich das Studienfach“, erzählt er. Politikwissenschaften, öffentliches Recht sowie Friedens- und Konfliktforschung sollten es werden.

„Die Studienzeit hat mich persönlich sowie politisch sehr geprägt“, sagt Gremmels, der sich während seines Studiums bereits in verschiedenen Uni-Gremien in der Hochschulpolitik engagierte.



„Marburg machte mich zu dem, der ich heute bin“, betont der Bundestagsabgeordnete. „Meine Argumentationskraft wurde gestärkt, ich wurde schlagfertiger“, sagt er selbstsicher. Gerade das Fach „Friedens- und Konfliktforschung“ habe ihn als Studenten sehr fasziniert. Dort konnte er lernen, Lösungen und Kompromisse für verschiedenste Themen zu finden. „Davon profitiere ich heute

Sören Bartol erinnert sich



Sören Bartol am Kirchhainer Bahnhof. FOTO: TOBIAS HIRSCH

Sozialdemokrat Sören Bartol kennt Timon Gremmels noch

aus der Uni. Beide haben in Marburg Politikwissenschaften studiert und waren zu dieser Zeit bereits Mitglieder der SPD. Und so sei es auch das ein oder andere Mal vorgekommen, dass man gemeinsam in der Mensa essen war oder auf einen Drink in den Biergarten gegangen ist. „Die Politik und die SPD verbindet uns. Ich habe Timon Gremmels als sehr fleißigen Menschen kennengelernt.“ Bartol bewundere seinen langen Atem in Bezug auf verschiedene politische Themen. „Er ist sehr hartnäckig und hat schon früh erkannt, dass zum Beispiel erneuerbare Energie ein wichtiges Thema ist“, sagt der 47-Jährige. Gremmels sei streitbar im besten Sinne: „Er verfolgt seine Position gegen jegliche Widerstände und das oft zu Recht.“ In Berlin arbeiten die beiden Abgeordneten im gleichen Haus. „Ich kann sogar sein Büro von meinem Büro aus sehen“, sagt Bartol lachend.



Timon Gremmels (links) Anfang der 2000er-Jahre zusammen mit dem damaligen AstA-Vorsitzenden Daniel Schneider im Raum der Juso-Hochschulgruppe im Mensagebäude am Erlerning. PRIVATFOTO

Wahlrechtsreform

Bundestag soll kleiner werden – Eckpunkte beschlossen

736 Abgeordnete gehören dem Bundestag in dieser Wahlperiode an – das sind 138 mehr als die gesetzliche Regelgröße vorsieht. Im Koalitionsvertrag haben wir uns deshalb darauf verständigt, innerhalb des ersten Jahres eine Wahlrechtsreform im Bundestag zu beschließen. Gemeinsam mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP haben wir uns nun auf die Eckpunkte für diese Reform geeinigt.



Foto © mededkov (via Freepik)

Das Ziel: Ein Anwachsen des Bundestages über die derzeitige gesetzliche Regelgröße von 598 Sitzen hinaus verhindern. So sichern wir die Arbeits- und Funktionsfähigkeit des Bundestages und sorgen dafür, dass die Kosten nicht weiter steigen.

Dazu wollen wir Überhangmandate streichen, so dass Ausgleichsmandate nicht mehr gebraucht werden. Am Grundsatz der personalisierten Verhältniswahl halten wir fest. Auch die bisher unausgeglichene Überhangmandate wer-

den vereinbarungsgemäß abgeschafft, sodass die Sitzverteilung im Bundestag insgesamt sicher dem Verhältnis der Zweitstimmen entspricht.

Wichtig ist auch: Es wird weiterhin 299 Wahlkreise geben. Wir wollen die regionale Bindung zwischen Abgeordneten und ihren Wahlkreisen erhalten. Um die Akzeptanz des Wahlsystems in Deutschland parteiübergreifend zu stärken, werden wir die CDU/CSU-Fraktion sowie die Linksfraktion in die Beratungen mit einbinden.



KURZ NOTIERT

1 Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung

In dieser Woche haben wir erstmals eine Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung gewählt: Wir freuen uns, dass wir mit **Ferda Ataman** eine kompetente, engagierte und kämpferische Besetzung für das Amt haben. Als künftige Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes wird sie all jenen eine starke Stimme verleihen, die von Diskriminierung betroffen sind – ob aus rassistischen Gründen, wegen des Geschlechts, der sexuellen Identität, der Religion oder Weltanschauung, des Alters oder wegen einer Behinderung. Vielfalt ist eine Stärke unserer Gesellschaft, für die es sich zu kämpfen lohnt!

2 Handelsabkommen CETA wird ratifiziert

Gute und faire Handelsbeziehungen zwischen demokratischen Staaten sind für unser Land von zentraler Bedeutung – nicht nur angesichts des russischen Krieges gegen die Ukraine. **Das im Oktober 2016 beschlossene Handelsabkommen CETA** (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA) soll den **Handel zwischen der EU und Kanada ausbauen, Lieferketten widerstandsfähiger machen, den Zugang zu kritischen Rohstoffen erweitern und Investitionen in klimafreundliche Technologien stärken**. Bisher wird das Handelsabkommen nur vorläufig angewendet, da noch nicht alle EU-Mitgliedstaaten das Abkommen ratifiziert haben. In dieser Woche berieten wir im Bundestag in 1. Lesung das CETA-Ratifizierungsgesetz.

3 Regelung zur digitalen Teilnahme an Ausschusssitzungen

Die aufgrund der Corona-Pandemie eingeführten Sonderregeln zur digitalen Teilnahme an Ausschusssitzungen, zum Umlaufverfahren für Abstimmungen und Beschlussfassungen sowie zur Echtzeitübertragung von öffentlichen Sitzun-

gen haben sich in den letzten zwei Jahren gut etabliert. Deshalb sollen diese **Instrumente zukünftig auch unabhängig von einer Pandemie oder ähnlichen Krisensituationen möglich sein**.

Wir planen daher eine entsprechende Reform, die die Geschäftsordnung modernisiert. Dabei soll der Grundsatz bestehen bleiben, dass der Bundestag und seine Ausschüsse in Präsenz zusammenkommen. Bis zum Abschluss der Reform **verlängern wir § 126a GO-BT** („Besondere Anwendung der Geschäftsordnung aufgrund der allgemeinen Beeinträchtigung durch Covid-19“) unabhängig von einer epidemischen Lage befristet – **vorläufig bis zum 31. Dezember 2022**.

§ 126a würde nach derzeitigem Stand ab 15. Juli 2022 keine Anwendung mehr finden. Auch wird § 126a in „Digitale Ausschusssitzungen und Umlaufverfahren“ umbenannt. Über eine entsprechende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung entschieden wir in dieser Woche.

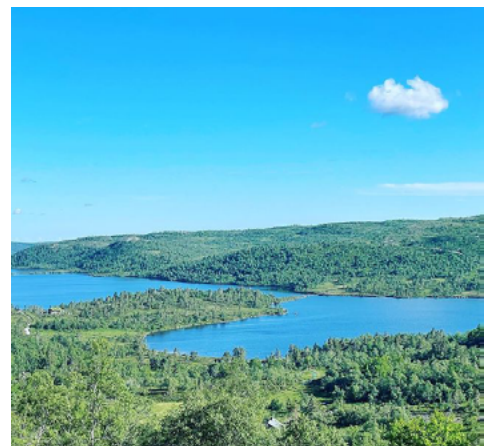
4 Investitionen in Forschung und Innovation auf hohem Niveau

Alle zwei Jahre informiert die Bundesregierung über die Forschungs- und Innovationspolitik von Bund und Ländern. Die Ergebnisse des diesjährigen Bundesberichts Forschung und Innovation (BuFI) wurden in dieser Woche dem Bundestag vorgestellt.

Deutschland zählt zu den forschungsintensivsten Ländern weltweit. **Nach vorläufigen Berechnungen haben Staat, Wirtschaft und Hochschulen 2020 rund 105,9 Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung investiert**. Damit lag der **gesamstaatliche Anteil für Ausgaben in Forschung und Entwicklung bei 3,14 Prozent des BIP – bis 2025 soll die sogenannte FuE-Quote laut Koalitionsvertrag auf 3,5 Prozent ansteigen**.

Auf dem bestehenden Fundament der deutschen Forschung wollen wir mit neuen Akzenten in der Forschungspolitik dafür sorgen, dass weiterhin exzellente Forschung die Basis für grundlegende Erkenntnisse und Innovationen bildet. Mit der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation bringen wir mittelständische Forschung im regionalen Kontext voran. Wir werden zudem die Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft so verbessern, dass wir weltweit für die besten Köpfe attraktive Karrierewege eröffnen.

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis
Bildergalerie



Ausschussreise nach Norwegen

Wasserkraft und Gespräche: Während meiner Reise nach Norwegen besuchte ich das Wasserkraftwerk Skjerka - am Ausgangspunkt von Nordlink.

Aber mehr noch: Auch hatte ich die Gelegenheit, mit Minister Terje Aasland über wirtschaftliche Zusammenarbeit im Energiesektor, Wasserstoff und die Ausweitung der Gasförder- und -lieferung zu sprechen (*oben rechts*).



Ein Hassverbrechen: Das Attentat in Oslo

Mein Osloer Hotel war nur wenige Minuten von dem Platz entfernt, an dem am Vorabend der Osloer Pride-Parade zwei Menschen ermordet wurden. Es war mir ein echtes Anliegen vorbeizukommen und innezuhalten.

Aufgrund von Taten wie diesen braucht es Pride und den Pridemonth noch immer!

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis
Bildergalerie

Bezirksparteitag der SPD Hessen-Nord

Danke an unsren Generalsekretär Kevin Kühnert für seinen großartigen Auftritt und seine inhaltlichen Impulse auf unserem nordhessischen SPD-Bezirksparteitag in Stadtallendorf und seine Unterstützung unseres Antrags, Übergewinne zu besteuern. Für seinen Besuch bei uns gab's natürlich ne Ahle Wurscht!



Parteitag des Unterbezirks Kassel-Stadt

Parteitag der SPD Kassel-Stadt fand endlich mal wieder real statt und nicht mehr digital!

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis
Bildergalerie



Schüler*innen in Berlin

Gleich zwei Schulen aus meinem Wahlkreis haben mich vergangene Woche in Berlin besucht und mich mit ihren hervorragenden Fragen zu allen möglichen Themen gelöchert.

Danke an die IGS Fulda und die Heinrich-Schütz-Schule Kassel. Es hat echt Spaß gemacht mit euch!



Austausch mit Robert Habeck
Nach dem Osterpaket ist vor dem Sommerpaket ... Robert Habeck war zu Gast bei den Energie- und Wirtschaftspolitiker*innen der SPD-Fraktion.



Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie



Endlich wieder ein Hessenempfang!

Nach zwei Jahren Pause fand endlich wieder das Hessenfest in der hessischen Landesvertretung in Berlin statt – mit vielen tollen Menschen!

Besuch beim Ausländerbeirat
Mit Mitgliedern der Ausländerbeiräte aus Kassel und Vellmar sprach ich u.a. über die Anerkennung von Dokumenten und die Situation von Menschen mit dem Status ungeklärter Identität.



Gespräch mit der Bundesautobahngesellschaft
Gemeinsam mit unserer Kasseler SPD-Landtagsabgeordneten Esther Kalveram war ich beim Gespräch mit der Bundesautobahngesellschaft in der Außenstelle Kassel. Dabei ging es um die A7 und A44, Lärmschutz sowie die Bergshäuser Brücke.



Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis
Bildergalerie

Bei den Toten Hosen im Kasseler Auestadion
Es war bestes Openair-Wetter bei den Toten Hosen im Kasseler Auestadion – und das Konzert war natürlich auch toll. Ich wünsche mir: Mehr Konzerte im Auestadion bitte!



Car-Sharing
Diese Woche war ich mit We-Share von VW unterwegs – in Kassel. In Berlin nutze ich das Angebot nämlich regelmäßig. Während der d15 gibt es das Car-Sharing nun auch in Kassel.



100+1 Jahre
Herzlichen Glückwunsch zum 100+1-jährigen Bestehen des Kleingartenverein Waldauer Wiesen e.V.!



... Und zum Abschluss

Am 22. Juli ist in Hessen der letzte Schultag und die Sommerferien starten. Deswegen wünsche ich allen Schüler*innen, Lehrkräften und natürlich auch allen Anderen ...

tolle Ferien
und eine schöne
Sommerurlaubszeit!



Timon Gremmels

📍 Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel ☎️ Telefon 0561 700 10 52
✉️ buero@timon-gremmels.de 📺 TimonGremmels
🏠 timon-gremmels.de 📷 @gremmels